

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

herzlichen Dank für Ihren Brief vom 11. August 2016. Ich stimme Ihnen zu, das Thema Zentralklinik spielt im Kommunalwahlkampf eine große Rolle. Allerdings bestimmte das Thema auch bereits vorher die politische Landschaft. Deshalb hat sich die SPD im Landkreis Aurich mehrfach mit diesem Thema auseinandergesetzt und nach eingehender Beratung einige Beschlüsse gefasst. Natürlich immer auf der Grundlage, eine Privatisierung zu vermeiden und um die ärztliche Versorgung für alle Bürger und Bürgerinnen im Landkreis Aurich nachhaltig zu sichern und zu verbessern. Deshalb ist diese Frage für mich nicht nur mit Ja, Nein und Enthaltung zu beantworten.

Im folgendem möchte ich bei der Beantwortung Ihrer Anfrage auf die Beschlüsse der SPD im Unterbezirk Aurich eingehen. Wie bereits erwähnt lehnt die SPD aus guten Gründen eine Privatisierung der ostfriesischen Kliniken prinzipiell ab. Die hiesige Krankenhausversorgung muss weiterhin in den Händen einer kommunalen Klinik als „sozialem Arbeitgeber“ mit Tarifbindung, tariflichem Bestandsschutz für die Beschäftigten und Ausbildung über den betrieblichen Bedarf hinaus liegen.

Die Sicherstellung einer qualitativ hohen notärztlichen Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger hat für uns oberste Priorität. Die Vorschriften des Niedersächsischen Rettungsdienstes sind selbstverständlich einzuhalten.

Für den Fall der Errichtung einer Zentralklinik sind die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), das Facharztzentrum sowie das ambulante Angebot in Aurich, Emden und Norden zu erhalten und auszubauen. Darüber hinaus soll ein Konzept zur Stärkung der ambulanten medizinischen Versorgung in den Umlandgemeinden erarbeitet werden. Die Zentralklinik in Südbrookmerland muss auch für Menschen ohne PKW problemlos erreichbar sein können. Die SPD im Unterbezirk Aurich fordert daher eine zielgerichtete Verstärkung des öffentlichen Personennahverkehrs nicht nur aber auch für die Erreichbarkeit der Zentralklinik.

Bis zum Abschluss des Entscheidungsprozesses für die Zentralklinik tritt die SPD im Landkreis Aurich für eine Fortsetzung eines intensiven Informations- und Diskussionsprozesses mit den Bürgern ein.

Sobald das Projekt „Zentralklinik“ entscheidungsreif ist, fordert die SPD im Landkreis Aurich die Erarbeitung von Konzepten für die Nachnutzung der freiwerdenden Klinikgebäude in Aurich und Norden.

Der Vorstand der SPD im Landkreis Aurich hat außerdem beschlossen, dass sie einem der Absicht des Aktionsbündnisses ein Bürgerbegehren und damit einen Bürgerentscheid zu initiieren positiv gegenüber steht. Die SPD ist seit jeher Volks- und Bürgerpartei und ist deshalb grundsätzlich für Bürgerbeteiligungen. Dafür gibt es einen einstimmigen Vorstandsbeschluss in der SPD im Landkreis Aurich. Die derzeit geführte Debatte über ein mögliches Bürgerbegehren wird spätestens Ende 2016 sicherlich ein Ende haben. Die SPD auf Landesebene wird gemeinsam mit dem Koalitionspartner im Niedersächsischen Landtag beschließen, dass der derzeitige "Knackpunkt" in dieser Sache wegfallen wird und in Zukunft kein Kostendeckungsvorschlag mehr vorgelegt werden muss. Damit wäre der Weg frei für ein Bürgerbegehren. Die SPD im Landkreis Aurich sieht das als Chance für beide Seiten. Für Klinik Befürworter und Klinikgegner.

Mit freundlichen Grüßen